



Ab dem Hauptstudium  
bis zum Referendariat

**JUR** *JURA*  
**INTENSIV**

# CRASHKURS

## Öffentliches Recht Hamburg

- ▶ Kompakte Darstellung des materiellen Rechts
- ▶ Länderspezifisch
- ▶ Prüfungsschemata und Definitionen
- ▶ Aktuelle Rechtsprechungsauswertung
- ▶ Examenstipps

STAND  
Februar 2023

6. Auflage

Frau **Luise Pust** absolvierte das Erste Staatsexamen mit Prädikat an der WWU Münster sowie das Zweite Staatsexamen als Durchgangsbeste in Berlin. Seit vielen Jahren ist sie als Korrektorin für das juristische Repetitorium *Jura Intensiv* tätig, für welches sie auch an der Erstellung neuer Kursunterlagen und Klausuren mitwirkt. Seit 2015 ist sie Richterin am Landgericht in Hamburg.

Herr **Dr. Dirk Kues** ist Rechtsanwalt und Franchisenehmer des Repetitoriums *Jura Intensiv* in Frankfurt, Gießen, Heidelberg, Mainz und Marburg. Er wirkt seit über 20 Jahren als Dozent des Repetitoriums und ist Redakteur der Ausbildungszeitschrift RA – Rechtsprechungs-Auswertung. Ferner ist er Autor der Crashkurs- und Kompaktreihe im Öffentlichen Recht sowie Co-Autor der Skripte Verwaltungsrecht AT, Verwaltungsprozessrecht und der Basis-Fälle Verwaltungsrecht AT & Verwaltungsprozessrecht aus der *Jura Intensiv* Skriptenreihe.

#### **Autoren**

Luise Pust  
Dr. Dirk Kues

#### **Verlag und Vertrieb**

Jura Intensiv Verlags UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG  
Duisburger Straße  
46535 Dinslaken  
info@verlag.jura-intensiv.de  
www.verlag.jura-intensiv.de

#### **Druck und Bindung**

Druckerei Busch GmbH, Raiffeisenring 31, 46395 Bocholt

ISBN 978-3-96712-119-3

Dieses Skript oder Teile dieses Skriptes dürfen nicht vervielfältigt, in Datenbanken gespeichert oder in irgendeiner Form übertragen werden ohne die schriftliche Genehmigung des Verlages.

© 2023 Jura Intensiv Verlags UG & Co. KG

# Inhaltsverzeichnis

## Crashkurs Öffentliches Recht Hamburg

### Allgemeines Verwaltungsrecht

A. Verwaltungsakt, § 35 HmbVwVfG.....	1
B. Inhalts- und Nebenbestimmungen.....	4
C. Aufhebung von Verwaltungsakten.....	5
D. Öffentlich-rechtlicher Vertrag, §§ 54 ff. HmbVwVfG.....	13
E. Zusicherung, § 38 HmbVwVfG.....	15

### Verwaltungsprozessrecht

1. Teil: Klageverfahren	
A. Anfechtungsklage, § 42 I 1. Fall VwGO.....	16
B. Verpflichtungsklage, § 42 I 2. Fall VwGO.....	29
C. Fortsetzungsfeststellungsklage (FFK), § 113 I 4 VwGO.....	33
D. Leistungsklage.....	37
E. Feststellungsklage, § 43 VwGO.....	41
F. (Prinzipale) Normenkontrolle, § 47 VwGO.....	44
2. Teil: Vorläufiger Rechtsschutz	
A. Antrag gem. §§ 80 V, 80a VwGO.....	46
B. Antrag gem. § 123 I VwGO.....	51
3. Teil: Widerspruchsverfahren	
A. Zulässigkeit des Widerspruchs.....	53
B. Objektive Widerspruchshäufung, § 10 HmbVwVfG.....	54
C. Subjektive Widerspruchshäufung, § 64 VwGO analog i.V.m. §§ 59 ff. ZPO analog.....	54
D. Hinzuziehung, § 13 II HmbVwVfG.....	54
E. Begründetheit des Widerspruchs.....	54

### Kommunalrecht

A. Einheitsgemeinde Hamburg.....	55
B. Selbstverwaltungsgarantie.....	55
C. Verwaltungsaufbau.....	56

### Polizeirecht

A. Rechtmäßigkeit einer behördlichen Maßnahme.....	57
B. Standardmaßnahmen, §§ 11 ff. SOG Hmb.....	65
C. Verwaltungsvollstreckungsrecht/unmittelbare Ausführung.....	67

### Baurecht

A. Bauleitplanung.....	73
B. Baugenehmigungsverfahren.....	77
C. Drittschutz/Nachbarrechtsschutz im Baurecht.....	89
D. Eingriffsbefugnisse der Verwaltung.....	94

## **Straßenrecht**

A. Abgrenzung Straßenrecht vom Straßenverkehrsrecht.....	96
B. Systematische Einordnung des Straßenrechts.....	96
C. Anwendungsvoraussetzungen für das Straßenrecht.....	96
D. Einteilung der öffentlichen Straßen.....	97
E. Gemeingebrauch und Sondernutzung.....	97

## **Staatsorganisationsrecht**

A. Bund und Länder, Art. 20 ff. GG.....	100
B. Verfassungsorgane.....	107
C. Gesetzgebungskompetenzen und Gesetzgebungsverfahren, Art. 70 ff. GG.....	115
D. Verwaltungskompetenzen, Art. 83 ff. GG.....	120
E. Rechtsprechung, Art. 92 ff. GG.....	123

## **Grundrechte**

A. Prüfungsaufbau einer Verfassungsbeschwerde.....	126
B. Einzelne examensrelevante Grundrechte.....	139

## **Staatshaftungsrecht**

A. Haftung für Eigentumsbeeinträchtigungen.....	165
B. Amtshaftungsanspruch, § 839 I 1 BGB i.V.m. Art. 34 S. 1 GG.....	167
C. Folgenbeseitigungsanspruch.....	169
D. Öffentlich-rechtlicher Unterlassensanspruch.....	171
E. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch.....	172
F. Anspruch aus § 10 III SOG Hmb.....	173
G. Ansprüche aus öffentlich-rechtlichen Schuldverhältnissen.....	174

## **Europarecht**

A. Die Europäische Union.....	175
B. Organe der Europäischen Union und Kompetenzen.....	175
C. Primärrecht/Grundfreiheiten.....	175
D. Sekundärrecht.....	176
E. Grundfreiheiten.....	177
F. Verfahren vor dem Gerichtshof.....	181
G. Europarechtskonforme Auslegung des nationalen Rechts.....	185
H. Unionsrechtlicher Staatshaftungsanspruch.....	185
I. Verhältnis Europarecht - nationales Recht.....	186

## **EMRK**

Prüfungsaufbau einer Individualbeschwerde, Art. 34 EMRK.....	187
--	-----

## Allgemeines Verwaltungsrecht

### A. Verwaltungsakt, § 35 HmbVwVfG

Problematische VA-Merkmale:

#### I. Behörde

Legaldefinition in § 1 II HmbVwVfG. Konkretisierende Merkmale:

1. Einsetzung durch Hoheitsakt.
2. Unabhängig von einem Mitgliederwechsel.
3. Handelt unmittelbar im eigenen Namen nach außen.

Beachte: An diesem Merkmal scheitert i.d.R. die Behördenstellung der Bezirksversammlung (BV), da ihre Entscheidungen grds. noch einer Umsetzung nach außen durch das Bezirksamt (BA) bedürfen. Daher ist grds. das BA die Behörde des Bezirks.

#### **Probleme:**

- a) **Verwaltungshelfer** = Person des Privatrechts, die Hoheitsrechte im Namen der Behörde ausübt, die sie beauftragt hat (Bsp.: Abschleppunternehmer, Schülerlotse). Ist selbst nicht Behörde. Beauftragung kann auch zivilrechtlich erfolgen, weil die Hoheitsrechte nicht im eigenen Namen ausgeübt werden, z.B. durch einen Vertrag.
- b) **Beliehener** = Person des Zivilrechts, die Hoheitsrechte im eigenen Namen ausübt (Bsp.: Prüfer beim TÜV, wenn er die HU-Plakette aufklebt; Bezirksschornsteinfeger, wenn er die Heizungsanlage überprüft). Der Beliehene ist selbst Behörde und nach h.M. auch selbst Klagegegner. Da der Staat hier seine Hoheitsrechte komplett auf eine Privatperson überträgt, muss eine gesetzliche Ermächtigung vorliegen.

4. Ausübung von Verwaltungstätigkeit, d.h. keine Gesetzgebung und keine Respr.

#### II. Regelung

= rechtsverbindliche Anordnung, die auf die Setzung einer Rechtsfolge gerichtet ist, d.h. Auferlegung einer Pflicht (z.B. Platzverweis, Abrissverfügung), Verleihung eines Rechts (z.B. Baugenehmigung) oder verbindliche Feststellung der Rechtslage (z.B. Feststellung der dauerhaften Dienstunfähigkeit eines Beamten).

Grenzt ab vom Realakt bzw. schlicht-hoheitlichen Handeln wie etwa dem rechtsunverbindlichen Hinweis oder der Auskunft.

#### **Probleme:**

1. Standardmaßnahmen

Einordnung strittig. Richtigerweise kommt es auf die jeweilige Standardmaßnahme und die konkrete Situation an. Überwiegend werden sie Regelungswirkung haben (z.B. Platzverweis). Insbes. ist darauf zu achten, ob vor Durchführung der Standardmaßnahme ein ausdrücklicher Befehl erteilt wurde (z.B. „öffnen Sie die Tür“ oder „ich nehme Sie jetzt in Gewahrsam“). Dann entfaltet jedenfalls dieser Befehl Regelungswirkung. Demgegenüber fehlt die Regelungswirkung z.B. bei einer Observationsmaßnahme.

2. Verwaltungsvollstreckung

Maßnahmen der Verwaltungsvollstreckung wie Ersatzvornahme und unmittelbarer Zwang sollen nach einer Ansicht eine konkludente Duldungsverfügung beinhalten (z.B. „dulde, dass ich dich schlage“). Dagegen spricht jedoch, dass schon nach dem äußeren Ablauf des Geschehens ein rein tatsächliches Handeln der Behörde vorliegt. Zudem bedarf es der Konstruktion einer konkludenten Duldungsverfügung nicht, da auch gegen Realakte effektiver Rechtsschutz zur Verfügung steht.

**III. Einzelfall**

Grenzt ab vom Gesetz.

Fallgruppen:

## 1. Konkret-individuell

= ganz bestimmter Sachverhalt (= konkret) wird für eine ganz bestimmte Person (= individuell) geregelt, z.B. Erteilung einer Baugenehmigung.

## 2. Konkret-generell

= ganz bestimmter Sachverhalt (= konkret) wird für unendlich viele Personen (= generell) geregelt.

Das ist die Allgemeinverfügung gem. § 35 S. 2 HmbVwVfG. Die Norm hat **drei Fälle**:

a) Adressatenbezogene Allgemeinverfügung gem. § 35 S. 2 1. Fall HmbVwVfG, z.B. Lichtzeichen einer Verkehrsampel.

b) Sachbezogene Allgemeinverfügung/dinglicher VA gem. § 35 S. 2 2. Fall HmbVwVfG, z.B. Widmung einer öffentlichen Straße, Straßenumbenennung.

c) Benutzungsregelnde Allgemeinverfügung gem. § 35 S. 2 3. Fall HmbVwVfG, z.B. Verkehrsschilder.

## 3. Abstrakt-individuell

= unendlich viele Sachverhalte (= abstrakt) werden für eine ganz bestimmte Person (= individuell) geregelt. Bsp.: Kraftwerksbetreiber wird verpflichtet, die angrenzende Straße zu streuen, wenn die Temperatur unter 0 Grad fällt, da dann der Wasserdampf aus seinem Kühlturm für Glatteisbildung sorgt.

Es handelt sich um eine VA i.S.d. § 35 S. 1 HmbVwVfG.

## 4. Abstrakt-generell

= unendlich viele Sachverhalten (= abstrakt) werden für unendlich viele Personen geregelt (= generell).

Das ist ein Gesetz.

Beachte: Formelle Gesetze sind Gesetze, die ein förmliches Gesetzgebungsverfahren durchlaufen haben, also Gesetze, die vom BT oder den Landesparlamenten stammen. Materielle Gesetze sind demgegenüber Gesetze, die von der Exekutive erlassen wurden, d.h. RVO und Satzungen.

Einfache Gesetze sind Gesetze, die mit einfacher Mehrheit erlassen wurden, also alle Gesetze unterhalb des GG.

**IV. Außenwirkung**

= Maßnahmen muss final darauf gerichtet sein, Rechtswirkungen bei einer Person zu erzeugen, die außerhalb des handelnden Verwaltungsträgers steht.

Grenzt ab vom Verwaltungsinternum sowie vom (ungewollten) Rechtsreflex.

**Probleme:**

## 1. Sonderstatusverhältnisse (Beamte, Richter etc.)

Entscheidend ist, ob der Adressat in seiner persönlichen Rechtsstellung betroffen ist (z.B. Einstellung, Beförderung, Entlassung) oder nur als Glied der Verwaltung angesprochen wird (z.B. Arbeitsanweisungen des Vorgesetzten).

Indiz: Ist der Adressat austauschbar, wäre die Maßnahme also gegen jeden beliebigen Adressaten ebenso ergangen, spricht dies gegen eine Betroffenheit in der persönlichen Rechtsstellung.

## 2. Mehrstufiger VA

= bevor Erlassbehörde nach außen gegenüber dem Bürger einen VA erlassen darf, muss sie intern andere Behörden (= Mitwirkungsbehörden) beteiligen.  
Diese Mitwirkung ist mangels Außenwirkung grds. kein VA.

Ausn.: • Mitwirkungsbehörde teilt ihre Entscheidung direkt dem Bürger mit.

- Mitwirkungsbehörde prüft bestimmte Gesichtspunkte ausschließlich, so dass die Erlassbehörde daran gebunden ist und gegenüber dem Bürger quasi nur noch als Erklärungsbote auftritt.

## 3. Maßnahmen der Aufsichtsbehörde

Bsp.: Aufhebung eines Bezirksamtsbeschlusses durch den Senat nach § § 1 Abs. 4 HmbVwBehG

Außenwirkung hängt davon ab, ob Rechte oder Pflichten eines außerhalb der Verwaltung Stehenden begründet wurden, die nicht Teil des verwaltungsinternen Bereichs sind. Die Bezirke von Hamburg sind unselbstständige Verwaltungseinheiten des Landes Hamburg ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Dies gilt demnach auch für die Bezirksämter. Es liegt dann nicht eine Beziehung wie im Verhältnis Bürger - Staat vor, so dass die Außenwirkung zu verneinen ist.

## V. Bekanntgabe, § 41 HmbVwVfG

Ist kein Element der Legaldefinition des § 35 S. 1 HmbVwVfG, jedoch gem. § 43 I HmbVwVfG Wirksamkeitsvoraussetzung des VA.

Bekanntgabe = amtlich veranlasste Möglichkeit der Kenntnisnahme.

Ein besonderer Fall ist die öffentliche Bekanntgabe gem. § 41 III, IV HmbVwVfG.

### **Problem:** Bekanntgabe von Verkehrszeichen

Für Verkehrszeichen gelten besondere Bekanntgabevoraussetzungen aufgrund der StVO. Sie wirken gegenüber allen Verkehrsteilnehmern, sobald sie so aufgestellt sind, dass sie erkannt werden können. Es kommt nicht darauf an, ob der Verkehrsteilnehmer tatsächlich vor Ort ist, sondern ob er das Verkehrszeichen erkennen könnte, wenn er vor Ort wäre. Dabei sind an die Sichtbarkeit von Verkehrszeichen, die den ruhenden Verkehr betreffen, niedrigere Anforderungen zu stellen als an solche für den fließenden Verkehr. Bzgl. des fließenden Verkehrs muss das Verkehrszeichen mit einem raschen beiläufigen Blick erkennbar sein. Hinsichtlich des ruhenden Verkehrs ist ein Verkehrsteilnehmer, der sein Kfz abstellt, hingegen stets verpflichtet, sich nach dem Abstellen seines Fahrzeugs umzuschauen, ob ein Verkehrszeichen zu erblicken ist. Eine genauere Nachschau (etwa durch Abschreiten des Nahbereichs) ist allerdings nur erforderlich, wenn hierfür ein besonderer Anlass besteht (z.B. schlechte Witterungsverhältnisse; besonders hohe Fahrzeuge, die ein Verkehrszeichen verdecken könnten).

Ob der Verkehrsteilnehmer mit den örtlichen Verhältnissen besonders vertraut ist (z.B. weil er Ortsansässiger ist), spielt keine Rolle, da Maßstab für die Sichtbarkeit eines Verkehrszeichens der durchschnittliche Kraftfahrer ist.

Das Crashkursskript richtet sich an Examenskandidaten und Referendare und vermittelt kompakt das materielle Recht. Es dient dem schnellen Wiederholen des Examenswissens und gibt einen Überblick über die essenziellen Examensthemen, die in der Klausur und der mündlichen Prüfung immer präsent sein müssen.

Im Detail beinhaltet das Skript die Rechtsbehelfe der VwGO und des Verfassungsprozessrechts sowie materiell-rechtlich VerwR-AT, KommunalR, POR, BauR, StraßenR, StaatsorgaR, GrundR, StaatshaftungsR, EuropaR / EMRK.

In dieser **Crashkurs-Reihe** sind erhältlich:

- |   |  |                       |
|---|--|-----------------------|
| ▶ Zivilrecht  | ▶ Öffentliches Recht (länderspezifisch): |                       |
| ▶ Strafrecht  | • Baden-Württemberg                      | • Niedersachsen       |
| ▶ Strafrecht Bayern                                       | • Bayern                                 | • Nordrhein-Westfalen |
| ▶ Arbeitsrecht  | • Berlin                                 | • Rheinland-Pfalz     |
| ▶ Handelsrecht &<br>Gesellschaftsrecht<br>(Sammelausgabe) | • Brandenburg                            | • Saarland            |
|   | • Bremen                                 | • Sachsen             |
|   | • Hamburg                                | • Sachsen-Anhalt      |
|   | • Hessen                                 | • Thüringen           |

ISBN 978-3-96712-119-3



9 783967 121193

25,90 €